



Eisenbahn-Bundesamt, Schanzenstraße 80, 20357 Hamburg

zur Veröffentlichung im Internet

Bearbeitung: Sachbereich 1
Telefon: +49 (40) 23908-0
Telefax: +49 (40) 23908-5399
E-Mail: sb1-hmb-swn@eba.bund.de

Internet: www.eisenbahn-bundesamt.de

Datum: 02.02.2026

Aktenzeichen (bitte im Schriftverkehr immer angeben)

EVH-Nummer: 3544328

571pph/018-2025#008

Betreff: Feststellung der UVP-Pflicht aufgrund standortbezogener Vorprüfung gemäß § 5 Abs. 1 i. V. m. § 7 Abs. 2 und 5 UVPG für das Vorhaben „Bahnhof Pölchow Neubau digitales Stellwerk und Neubau Verkehrsstation“, Bahn-km 14,654 bis 26,474 der Strecke 6446 Bützow - Rostock Hbf in Pölchow

Bezug: Antrag vom 29.08.2025, Az. T.016075295

Anlagen: 0

Verfahrensleitende Verfügung

Für das o. g. Vorhaben wird festgestellt, dass keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Pflicht) besteht.

Begründung

Diese Feststellung beruht auf § 5 Abs. 1 i. V. m. § 7 Abs. 2 und 5 Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) i. V. m. Nr. 14.8.3.2 der Anlage 1 des UVPG.

Das Vorhaben hat den Neubau von zwei Außenbahnsteigen, den Rückbau des bestehenden Reisendenüberweges, den Neubau eines digitalen Stellwerkes unter Rückbau des Altstellwerkes und die Erneuerung des Bahnübergangs „Bahnhofsweg“ am Bahnhof Pölchow an der Strecke 6446 zum Gegenstand. Das Vorhaben unterfällt dem Anwendungsbereich des UVPG gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 1 UVPG, da es in Anlage 1 UVPG aufgeführt ist. Es stellt der Art nach ein Vorhaben

nach Nr. 14.8.3 der Anlage 1 UVPG dar, denn es handelt sich um eine sonstige Betriebsanlage von Eisenbahnen.

Das Eisenbahn-Bundesamt, Außenstelle Hamburg/Schwerin führt für das Vorhaben ein fachplanungsrechtliches Zulassungsverfahren nach § 18 Abs. 1 AEG durch. Dieses stellt ein verwaltungsbehördliches Verfahren dar, das der Zulassungsentscheidung dient gemäß §§ 4 und 2 Abs. 6 Nr. 1 UVPG und ist daher taugliches Trägerverfahren für eine mögliche UVP. Daher hat das Eisenbahn-Bundesamt die Feststellung, dass für das Vorhaben die UVP-Pflicht besteht oder nicht besteht (Feststellung der UVP-Pflicht) nach den §§ 6 bis 14a UVPG zu treffen.

Die Feststellung der UVP-Pflicht erfolgt vorliegend von Amts wegen nach Beginn des Verfahrens das der Zulassungsentscheidung dient gemäß § 5 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 UVPG.

Für das Vorhaben ist zur Feststellung der UVP-Pflicht eine standortbezogene Vorprüfung gemäß § 7 Abs. 2 und 5 UVPG i. V. m. i. V. m. Nr. 14.8.3.2 der Anlage 1 des UVPG. durchzuführen.

Bei dem gegenständlichen Vorhaben handelt es sich um ein Neubauvorhaben gemäß § 2 Abs. 4 Nr. 1b) UVPG. Es stellt den Bau einer sonstigen Betriebsanlage von Eisenbahnen, wenn diese eine Fläche von 2 000 m² bis weniger als 5 000 m² in Anspruch nimmt, der nicht Teil des Baus eines Schienenwegs nach Nummer 14.7 oder einer Bahnstromfernleitung nach Nummer 19.13 ist dar.

Die standortbezogene Vorprüfung wird als überschlägige Prüfung in zwei Stufen durchgeführt. In der ersten Stufe wird die spezifische ökologische Empfindlichkeit im Einwirkungsbereich des Vorhabens geprüft. Diese besteht, wenn besondere örtliche Gegebenheiten i. S. d. Schutzkriterien nach Nr. 2.3 Anlage 3 UVPG vorliegen, anderenfalls besteht keine UVP-Pflicht. Liegen solche besonderen örtlichen Gegebenheiten vor wird in der zweiten Stufe unter Berücksichtigung der in Anlage 3 aufgeführten Kriterien geprüft, ob das Vorhaben erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hinsichtlich der besonderen Empfindlichkeit oder der Schutzziele der Schutzkriterien haben kann, die im Hinblick auf eine wirksame Umweltvorsorge nach Maßgabe der geltenden Gesetze bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen sind. Vorliegende Ergebnisse vorgelagerter Umweltprüfungen oder anderer rechtlich vorgeschriebener Untersuchungen zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens sind in die Prüfung einzubeziehen.

1 Merkmale des Vorhabens

Die Merkmale des Vorhabens werden insbesondere hinsichtlich der Kriterien der Nr. 1 Anlage 3 UVPG beurteilt.

Geplant ist der Neubau von zwei Außenbahnsteigen, den Rückbau des bestehenden Reisendenüberweges, den Neubau eines digitalen Stellwerks unter Rückbau des Altstellwerkes und die Erneuerung des Bahnübergangs „Bahnhofsweg“ am Bahnhof Pölchow an der Strecke 6446. Nördlich und südlich des Bahnhofes werden insgesamt 20 neue Masten und/oder Signale errichtet.

Der Flächenbedarf beträgt insgesamt 6.931 m², davon 4.227 m² baubedingt und 2.704 m² anlagenbedingt. Bodenbewegungen sind in einem Umfang von 550 m³ zu erwarten. Insgesamt werden dauerhaft 1.448 m² Fläche dauerhaft versiegelt, während 601 m² dauerhaft versiegelte Fläche zurückgebaut wird, sodass das Vorhaben im Ergebnis eine dauerhafte zusätzliche Versiegelung von 847 m² mit sich bringt.

Bauzeitlich werden 4.227 m² und dauerhaft 1.202 m² Boden befestigt. Zudem werden bauzeitlich insgesamt 5.223 m² Vegetation beansprucht, sowie 1.257 m² dauerhaft. 367 m² Waldfläche wird dauerhaft umgewandelt.

Während der Bautätigkeiten sind ferner Verbrennungsemissionen, sonstige Staubemissionen und Baulärm nach AVV-Baulärm in schutzwürdiger Umgebung zu erwarten.

Das Vorhaben beinhaltet weiterhin den Einsatz bzw. die Lagerung von Treib- und Schmierstoffen, Gasen oder anderen brennbaren bzw. explosiven Stoffen und Betankungen auf der Baustelle bzw. der Betriebsanlage. Mit dem Vorhaben sind keine Risiken für die menschliche Gesundheit mit dem Vorhaben verbunden.

2 Standort des Vorhabens

Eine spezifische ökologische Empfindlichkeit im Einwirkungsbereich des Vorhabens besteht, wenn besondere örtliche Gegebenheiten i. S. d. Schutzkriterien nach Nr. 2.3 Anlage 3 UVPG vorliegen unter Berücksichtigung des Zusammenwirkens des gegenständlichen Vorhabens mit anderen Vorhaben im gemeinsamen Einwirkungsbereich.

Im Einwirkungsbereich des Vorhabens liegen folgende Nutzungs- und Schutzkriterien nach Nr. 2.3 Anlage 3 UVPG vor:

- Natura 2000-Gebiete nach § 7 Absatz 1 Nummer 8 des Bundesnaturschutzgesetzes,
- Naturschutzgebiete nach § 23 des Bundesnaturschutzgesetzes,
- gesetzlich geschützte Biotop nach § 30 des Bundesnaturschutzgesetzes,
- Wasserschutzgebiete nach § 51 des Wasserhaushaltsgesetzes,
- Risikogebiete nach § 73 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes sowie Überschwemmungsgebiete nach § 76 des Wasserhaushaltsgesetzes,
- Gebiete, in denen die in Vorschriften der Europäischen Union festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind.

3 Art und Merkmale der möglichen Auswirkungen

Die möglichen erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen des Vorhabens hinsichtlich der besonderen Empfindlichkeit oder der Schutzziele der Schutzkriterien werden anhand der Kriterien unter 1. und 2. Beurteilt. Dabei wird insbesondere den Gesichtspunkten der Nr. 3 Anlage 3 UVPG Rechnung getragen. Besonders berücksichtigt wird gemäß § 7 Abs. 5 Satz 1 UVPG, ob erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen durch Merkmale des Vorhabens, des Standorts oder durch Vorkehrungen der Vorhabenträgerin offensichtlich ausgeschlossen werden.

Folgende wesentliche Gründe gemäß § 5 Abs. 2 Satz 2 und 3 UVPG sind für das Nichtbestehen der UVP-Pflicht anzuführen:

Natura 2000-Gebiete nach § 7 Absatz 1 Nummer 8 des Bundesnaturschutzgesetzes

Im Auswirkungsbereich des Vorhabens liegen sowohl das FFH-Gebiet „Warnowtal mit Zuflüssen“ (DE 2138-302) als auch das Vogelschutzgebiet „Warnowtal, Sternberger Seen und untere Mildenitz“ (DE 2137-401).

Beide Schutzgebiete befinden sich außerhalb des Bahnhofsgeländes des Bahnhofes Pölchow. Direkte Auswirkungen auf die Schutzgebiete beschränken sich auf kurzzeitige Immissionen im Rahmen der Errichtung einzelner Signalmasten. Akustische oder Erschütterungsauswirkungen durch den Betrieb verändern sich durch das Vorhaben nicht. Barrierewirkung, Zerschneidung von Lebensräumen oder optische Auswirkungen sind ebenfalls nicht zu erwarten. Aufgrund dieser jeweils sehr kurzen und punktuellen Auswirkungen werden die Schutzziele der Natura 2000-Gebiete nicht in einer Weise beeinträchtigt, dass daraus erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen des Vorhabens resultieren würden.

Naturschutzgebiete nach § 23 des Bundesnaturschutzgesetzes

Im Auswirkungsbereich des Vorhabens liegt das Naturschutzgebiet „Unteres Warnowland“ (NSG 224; 791-5-34).

Das Naturschutzgebiet überschneidet sich innerhalb des Auswirkungsbereichs des Vorhabens Gesamtheitlich mit der Fläche des FFH-Gebiets „Warnowtal mit Zuflüssen“. Darum ist auch hier nur von punktuellen Auswirkungen in Form von Immissionen auszugehen, welche die Schutzziele des Naturschutzgebietes nicht in einer Weise beeinträchtigt, dass daraus erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen des Vorhabens resultieren würden.

Gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 des Bundesnaturschutzgesetzes

Im Auswirkungsbereich des Vorhabens liegen folgende nach § 30 BNatSchG geschützte Biotope:

- Feldgehölz frischer Standorte mittlerer Ausprägung (41.02.02M)

- Sonstige Hecken (insbesondere auf ebenerdigem Rainen oder Böschungen) mit Überhältern mittlerer Ausprägung (41.03.03M)
- Einzelbäume, Baumreihen und Baumgruppen aus überwiegend autochtonen Arten mittlerer Ausprägung (41.05aM)
- Sumpfwälder (auf mineralogenen Böden) mittlerer Ausprägung (43.03.01M)

Im Rahmen der Vorhabenverwirklichung kommt es teils zu erheblichen Beeinträchtigungen von geschützten Biotopen. Der Großteil der Beeinträchtigungen erfolgt aufgrund bauzeitlicher Beanspruchung der Biotope, ein kleiner Teil aufgrund dauerhafter Versiegelung. Ausweislich den von der Vorhabenträgerin eingereichten Unterlagen werden jedoch die meisten Beeinträchtigungen durch eine Wiederherstellung der in Anspruch genommenen Flächen wieder beseitigt. Die Flächen, die aufgrund von dauerhafter Versiegelung nicht wiederhergestellt werden können, werden durch entsprechende Ausgleichsflächen kompensiert. Hierzu soll insbesondere eine Ackerbrache zu Acker mit artenreicher Segetalvegetation aufgewertet werden. Darum sind auch hinsichtlich der gesetzlich geschützten Biotope keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten.

Wasserschutzgebiete nach § 51 des Wasserhaushaltsgesetzes

Im Auswirkungsbereich des Vorhabens befinden sich das Wasserschutzgebiet „Warnow-Rostock“ (MV_WSG_1938_08), Zone 2o.

Hinsichtlich des Wasserschutzgebietes ist eine Verschlechterung des Wasserkörpers nicht zu erwarten. Das Vorhaben weist im Bereich des Bahnhof Pölchow einen Abstand zum Wasserkörper Warnow von ca. 40 Metern auf; die restlichen Auswirkungsbereiche des Vorhabens weisen einen größeren Abstand auf. Direkte Auswirkungen auf den Wasserkörper sind nicht zu befürchten. Das Vorhaben breitet sich weder in Richtung der Warnow aus noch werden Stoffe in das Gewässer eingeleitet. Unkontrollierte Oberflächenabflüsse ergeben sich aufgrund der geplanten Entwässerung nicht.

Darum sind auch hinsichtlich der Wasserschutzgebiete keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten.

Risikogebiete nach § 73 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes sowie

Überschwemmungsgebiete nach § 76 des Wasserhaushaltsgesetzes

Im Auswirkungsbereich des Vorhabens befindet sich das Überschwemmungsgebiet „Warnowniederung zwischen Klein Raden und der Hansestadt Rostock“ (70041).

Das Vorhaben kreuzt nur im Bereich von Bahn-km 16,8 bis Bahn-km 17,2 der Strecke 6446 das Überschwemmungsgebiet. In diesem Bereich sind keine Arbeiten geplant. Stattdessen befindet

sich in diesem Bereich bereits die Strecke 6446 im Bestand und wird unverändert beibehalten. Sonstige Beeinflussungen wie z.B. eine Einengung der Retentionsräume, die Einfluss auf das Überschwemmungsgebiet haben, sind nicht ersichtlich. Darum sind auch hinsichtlich des Überschwemmungsgebietes keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten.

Gebiete, in denen die in Vorschriften der Europäischen Union festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind

Im Auswirkungsbereich des Vorhabens befindet sich mit dem des Fließgewässers Warnow (WAMU-0100) ein Gewässer, für das das Verschlechterungsverbot nach Art. 4 Abs. 1 a) i) der Wasserrahmenrichtlinie gilt. Das Gewässer ist nicht in dem nach der Wasserrahmenrichtlinie angestrebten guten Zustand, weshalb für das Gewässer nach Art. 4 Abs. 1 a) ii) der Wasserrahmenrichtlinie ein Verbesserungsgebot besteht.

Wie oben bereits dargestellt, kommt es im Rahmen der Durchführung des Vorhabens zu keiner Beeinflussung eines Oberflächengewässers. Direkte Auswirkungen auf den Wasserkörper sind nicht zu befürchten. Das Vorhaben breitet sich weder in Richtung der Warnow aus noch werden Stoffe in das Gewässer eingeleitet. Unkontrollierte Oberflächenabflüsse ergeben sich aufgrund der geplanten Entwässerung nicht. Eine Verschlechterung des Zustandes des Gewässers ist nicht zu besorgen.

4 Ergebnis

Aus den Antragsunterlagen der Vorhabenträgerin 1 (Erläuterungsbericht), 3.1 bis 3.8 (Lagepläne), 13.1 (Landschaftspflegerischer Begleitplan) und 19 (Fachbeitrag zur Wasserrahmenrichtlinie) und den ergänzenden Unterlagen 1.1, 1.2 und 1.3 zu voraussichtlichen Umweltauswirkungen ergibt sich nach überschlägiger Prüfung, dass das Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen hinsichtlich der besonderen Empfindlichkeit oder der Schutzziele der Schutzkriterien nach Nr. 2.3 Anlage 3 UVPG haben kann, die im Hinblick auf eine wirksame Umweltvorsorge nach Maßgabe der geltenden Gesetze bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären.

Diese Feststellung ist gemäß § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar. Sie wird gemäß § 5 Abs. 2 Satz 1 UVPG der Öffentlichkeit bekannt gegeben durch Veröffentlichung auf der Internetseite des Eisenbahn-Bundesamtes. Sie wird zudem im zentralen Internetportal des Bundes (www.uvp-portal.de) bekannt gegeben gemäß § 2 Abs. 3 Bundes-UVP-Portal-VwV.

Die dieser Feststellung zu Grunde liegenden Unterlagen können von Dritten beim Eisenbahn-Bundesamt Außenstelle Hamburg/Schwerin, Schanzenstraße 80, 20357 Hamburg nach vorheriger Terminvereinbarung eingesehen werden.

Im Auftrag

Elektronisch erstellt und
ohne Unterschrift gültig